

NEUER RECHTLICHER RAHMEN DER SANITÄREN GRUNDVERSORGUNG BRASILIENS

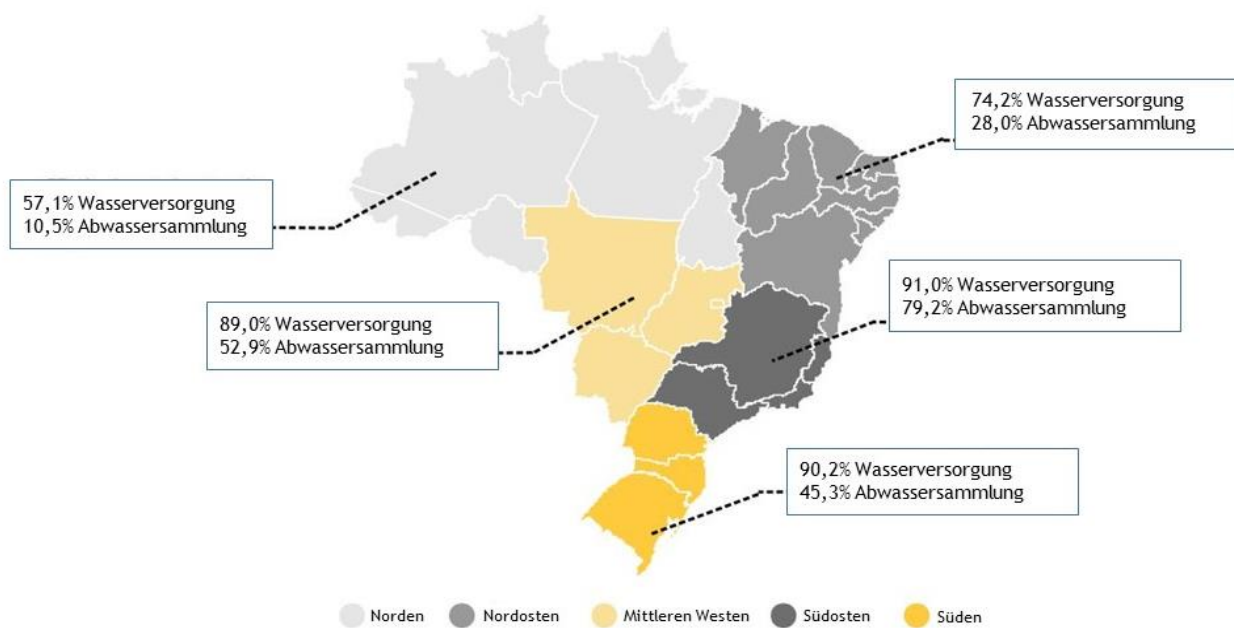
Mit der neuen Gesetzgebung (PL 4.162/2019), die am 15. Juli 2020 von der brasilianischen Regierung sanktioniert wurde, sind wichtige Schritte für Brasilien zu erwarten. Hauptziel ist es bis 2033 eine landesweite Beschaffung der Trinkwasser- und Abwasserversorgung zu ermöglichen, Sanitärdienstleistungen zu qualifizieren, sowie Natur- und Ressourcen zu schonen.

Obwohl heute 94% der brasilianischen Städte über eine sanitäre Grundversorgung durch staatliche Unternehmen verfügen, haben 35,7% der Bevölkerung noch immer keinen Zugang zu diesen Diensten nach Angaben des brasilianischen Instituts für Geografie und Statistik (IBGE).



- 35,7% der brasilianischen Bevölkerung hat keine sanitäre Grundversorgung;
- 35 Mio. Menschen haben keinen Zugang zu aufbereitetem Wasser;
- Über 100 Mio. haben keine Abwasserentsorgungsdienste;

Wasser- und Abwasserdienstleistungen in Brasilien (2020)



Ziel der neuen Gesetzgebung ist es, bis Ende 2033 sicherzustellen, dass 99% der brasilianischen Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser und 90% zu Abwasserbehandlung haben und somit mehr Lebensqualität und Gesundheit geboten werden kann.

Das neue Gesetz soll auch zum Umweltschutz beitragen und zwar mit der Wiederbelebung von Wassereinzugsgebieten, Verringerung von Wasserverlusten und der Schließung der Müllhalden auf denen bis heute noch 40% des gesamten Abfalls unsachgemäß entsorgt werden (Abrelp, 2020).

Unter anderen Maßnahmen bietet das neue Gesetz gute Geschäftsmöglichkeiten für österreichische Unternehmen an. In diesem Sinne sind folgende Punkte relevant:

- Schaffung der ANA (brasilianische Wasserbehörde) – einer neuen offiziellen Regulierungsbehörde für den Sanitärsektor, inkl. Wasser- und Abwasserversorgung, Stadtreinigung, Abfallwirtschaft und Entwässerung. Die Aufgaben dieser Behörde umfassen u.a. Richtlinienerstellung, Vorgaben für Gemeinden, Standardisierung der Dienstleistungsqualität, Tarifregulierung und die Schaffung von Verhandlungsinstrumenten zwischen dem Inhaber des öffentlichen Versorgungsbetriebs (Gemeinde) und der Konzessionsgesellschaft.
- Regionalisierung der Sanitärdienstleistungen, womit die Versorgung aller Gemeinden sichergestellt wird, unabhängig von ihrer technischen und finanziellen Kapazität.
- Verpflichtung und Regulierung der Ausschreibungen für Sanierungsprojekte mit dem Ziel die Beteiligung und Investitionen von Privatunternehmen zu ermöglichen (Diese machen heute nur 6% aus). Hiermit ist der Preis nicht mehr der entscheidende Faktor für die Wahl eines Siegerprojekts, sondern derjenige, der das beste Ergebnis präsentiert und die festgelegten Ziele für bis Ende 2033 einhält. Auch werden die zukünftigen Projekte im Land eine neue technische Planung erfordern, was eine Reihe von strukturellen Bauvorhaben notwendig macht.
- Bestehende Verträge werden bis März 2022 aufrechterhalten und können um weitere 30 Jahre verlängert werden, unter der Voraussetzung, dass sie in der Lage sind, die festgelegten Ziele bis Ende 2033 zu erreichen.
- Frist für die Einsetzung des Brasilianischen Abfallplans (PNRS) wird verlängert
 - 2021 - für Hauptstädte und Großstadtreionen
 - 2024 - für Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohnern
- Zu den kurzfristigen Zielen zählt die Umsetzung wirksamer Abfallbehandlungsoptionen. Das langfristige Ziel ist der Klimaschutz.

Mit der neuen Gesetzgebung erwartet sich die Regierung Erleichterungen bei der Privatisierung von Staatsunternehmen in diesem Sektor und damit eine weitere Umsetzung von Sanitärdienstleistungen und der Wasserversorgung im ganzen Land zu ermöglichen.

Eine Information des

AußenwirtschaftsCenters São Paulo

T +55 11 30 44 99 44

E saopaulo@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/br